ans Ufer zu springen versuchten, wurden sie von einer Salve empfangen. Dann trat wieder eine Pause ein, während welcher die Streikenden eine Art Fort am Ufer errichteten, wo sich ungefähr 1000 Mann aufstellten. Der Volkshaufe wurde immer größer. Alle ankommenden Eisenbahnzüge wurden genau besichtigt und die Zugänge zu der Fabrik von den entlassenen Arbeitern sorgfältig bewacht. Die Detectives waren aber auch nicht weniger entschlossen. Ihr Führer erklärte, er würde landen, selbst wenn er gegen die ganze Einwohnerschaft zu kämpfen hätte. Bald darauf gab er den Befehl zum Angriff. Die Arbeiter empfingen sie mit einem wohlgezielten Feuer, so daß sie mehrmals zurückweichen mußten. Das Volk wurde zur höchsten Leidenschaft entflammt. Ein Petroleumfaß wurde nach dem Fluß geschafft, um die Kähne in Brand zu setzen. Auf einem nahen Hügel wurde eine Kanone aufgestellt und damit gegen die Kähne geschossen. Darauf telegraphirte der Sheriff an den Gouverneur von Pennsylvanien, daß er nicht im Stande wäre, des Mobs Herr zu werden. Unterdessen ward die Lage immer kritischer. Die Arbeiter verschanzten sich und bissen Waffen und Munition an. Kurz nach 11 Uhr kam ein Dampfer mit neuen Leuten in Homestead an. Seine Ankunft war das Zeichen zu einem richtigen Feuergefecht, an welchem nicht nur die Arbeiter und die Detectives, sondern auch die Personen theilnahmen, welche sich auf den Dampfern befanden, die im Flusse lagen. Im Ganzen wurden 11 Arbeiter und 7 Detectives getödtet, ferner wurden auf beiden Seiten ungefähr je 30 verwundet. Am Nachmittag marschirten 2000 Arbeiter von den Southside Mills in Pittsburg mit fliegenden Fahnen nach Homestead, um den entlassenen Arbeitern der Carnegie'schen Fabrik zu helfen. Die letzteren waren reichlich mit Waffen und Munition versehen. Gegen 6 Uhr Nachmittags ergaben sich die Pinkerton'schen Detectives der Volksmenge, worauf dieselbe ihnen erlaubte, zu landen. Darauf wurden sie verhaftet und ins Gefängniß abgeführt. — Wie aus Washington drahtlich gemeldet wird, wurden am 6. d. M. sowohl im Senate als im Repräsentantenhause Anträge zur Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung der Unruhen in Homestead gestellt.

Deutsches Reich.

ßß **Berlin**, 8. Juli. Auch der Bundesrath ist nunmehr in die Ferien gegangen, und nachdem einige Minister auf Urlaub gegangen, haben auch bereits mehrere Vertreter der Bundesstaaten, sowie andere Mitglieder des diplomatischen Corps Berlin verlassen. Wäre nicht die „Bismarckfehde", so herrschte völlige politische Ruhe. Man giebt sich der Hoffnung hin, daß auch dieser allen Vaterlandsfreunden so schmerzliche Preßstreit zunächst sein Ende gefunden haben dürfte. Der Beschluß des Staatsministeriums, durch die „Nordd. Allg. Ztg." keine Erwiderungen mehr folgen zu lassen, wird uns als zuverlässig bestätigt. — Der Bundesrath hat auch diesmal, ebensowenig wie in früheren Jahren, formelle Ferien eintreten lassen, vielmehr ist man nur übereingekommen, zunächst keine Plenarsitzungen abzuhalten. Und auch die Ausschüsse feiern. Sollte es erforderlich sein, so wird eine besondere Sitzung, wenn nöthig durch telegraphische Einladung der Bevollmächtigten, anberaumt, andernfalls ist die Wiederaufnahme der regelmäßigen Sitzungen erst um Mitte September zu erwarten, um welche Zeit auch das Staatsministerium wieder vollzählig in Berlin zusammen ist. — In seiner gestrigen Sitzung hat der Bundesrath bekanntlich beschlossen, der in der letzten Session vom Reichstag beschlossenen Resolution, betr. Gewährung von Diäten an die Abgeordneten, nicht Folge zu geben. Dieser Beschluß entspricht dem von dem Verfassungsausschuß des Bundesraths gestellten Antrage und war im Uebrigen vorherzusehen, da wie Herr von Bennigsen bei der Berathung jener Resolution im Reichstage ausführte, wenn man einmal die Verfassung in dieser Richtung abändern wollte, mit Recht auch andere Forderungen, vielleicht eine Correctur des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts, oder wenigstens eine Erhöhung des Alters für das active und passive Wahlrecht — vielleicht bis zum 30. Jahr — sich erheben und begründen ließen. — In den Ministerien und in den Reichsämtern wird übrigens auch in den Monaten Juli und August fleißig gearbeitet, denn gerade um diese Zeit werden die Einzeletats fertig gestellt und die meisten Gesetzvorlagen vorbereitet. Anfang September gehen die verschiedenen Etats dem Finanzministerium, bezw. dem Reichsschatzamte zu. Es gilt als sicher, daß dem Landtage, der im November einberufen wird, sofort der Etat und die Steuergesetze zugehen. Da der Reichstag Mitte November zusammentritt und ebenfalls alsbald den Etat zugestellt bekommt — über eine eventuelle Militairvorlage verlautet noch immer nichts Bestimmtes —, so ergiebt sich, daß beide Budgets von der Regierung Mitte October erledigt sein müssen. Die Steuerreformvorlage wird, wie vor zwei Jahren, im Landtage zunächst berathen, und während hier die besondere Commission thätig ist, soll der Reichstag das Budget erledigen. Auf diese Weise hofft man wenigstens den schlimmsten Führnissen der wieder unvermeidlichen parlamentarischen Concurrenz zu begegnen, da die Regierung sich nicht entschließen will, wie vielfach angeregt worden, eines der Parlamente bereits im October zusammentreten zu lassen.

△ **Berlin**, 8. Juli. Nachdem das Staatsministerium über die Grundzüge der abschließenden Steuerreformgesetze sich schlüssig gemacht hat, ist für die nächste Landtagssession ein ebenso umfangreicher als bedeutsamer Arbeitsplan in Aussicht gestellt. Wie mit Sicherheit angenommen werden darf, erwarten den am 8. oder 15. November zusammentretenden Landtage zunächst die Gesetzentwürfe, durch welche den Gemeinden die Gesammtheit der Ertragsteuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbe-Steuer und Bergwerksabgabe, überwiesen werden sollen. Dabei wird es sich dann vor Allem darum handeln, wieweit der Staat die Gemeinden verhalten will und kann, ihre Lasten in entsprechendem Gleichmaß aus den Ertragsteuern einerseits und aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer andererseits zu bestreiten. Hieraus bezieht sich vermuthlich die Bemerkung der „Köln. Ztg.", daß die Ziele des zweiten Theiles der Steuerreform „keine eng gesteckten sein werden". Ein gewisser weiter Spielraum muß gegeben bleiben, der es im Gemeindesteuersystem gestattet, das Abgabenwesen nach dem Maßstabe der Interessen einzurichten, die mittelst der Abgaben gewahrt und besonders berücksichtigt werden. Andererseits muß aber auch die Gewähr gegeben werden, daß eine unverhältnißmäßige Inanspruchnahme der einen Steuerquelle vermieden wird, wo bestimmte Interessen von anderen steuerpflichtigen Gruppen vorwiegend in Betracht kommen. Es wird nicht leicht sein, das procentuale Verhältniß festzustellen, nach welchem die Gemeindebedürfnisse aus den Ertragsteuern und aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer befriedigt werden sollen. Doch wird, unter dem Vorbehalt, daß hier ein billiger Ausgleich getroffen werden kann, dieser Theil des Reformwerkes auf allseitigen Beifall im Landtag rechnen dürfen. Unmöglich ist es natürlich, über das grundsätzliche Bekenntniß zu organischer, durchgreifender Reform-Arbeit hinaus eine Stellung zu Gesetzentwürfen zu nehmen, die noch nicht bekannt sind. Dasselbe gilt von dem weiterhin angekündigten Vermögens-Steuergesetz. Auch hier läßt sich nur im Allgemeinen der Erwägung zustimmen, daß jede steuerliche Unterscheidung zwischen vererbbarem Besitz und Arbeitseinkommen ungerecht wäre und viele Härten zur Folge hätte, wenn diese Unterscheidung durch Zuschläge zu Theilen der Einkommensteuer bewirkt werden sollte. Auch wird Niemand daran denken, eine neue Ertragsteuer in Gestalt der Capitalrentensteuer zu schaffen, in dem Augenblick, da man grundsätzlich das Ertragsteuersystem für den Staat aufgiebt. Wieweit die Vermögenssteuer sich als bessere Unterscheidung in der erwähnten Richtung erweist, muß dagegen der näheren Prüfung vorbehalten bleiben, wenn das Gesetz vorliegen wird. Inzwischen sei jedoch davon Kenntniß genommen, daß diese Steuer nur das mutzbare Einkommen von einer gewissen Höhengrenze an aufwärts erfassen soll, mit geringsten Belastungssätzen von höchstens ein Drittel für das Tausend, und das selbstverständlich Zuschläge der Gemeinden zu dieser Steuer unzulässig sein sollen. Offene Fragen bleiben aber auch hier noch in genügender Zahl vorhanden: wie soll es demnächst mit der Doppelbesteuerung des Einkommens aus Actienbesitz gehalten werden, wie soll weiterhin das Verhältniß bestimmt werden, nach welchem die Vermögenssteuer zur Befriedigung der Staatsausgabebedürfnisse jeweils heranzuziehen wäre u. s. w.? Doch ist das Arbeitspensum des Landtags damit nicht erschöpft, wenn über diese Reform der Steuern das letzte Wort gesprochen sein wird. Dieselbe hat eine derartige Verschiebung des Stimmrechtsverhältnisses im Dreiclassenwahlsystem zur Folge, daß eine Aenderung des Wahlrechts alsbald noch beschlossen werden muß, und zwar jedenfalls vor den nächsten Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus, also sicher noch in der nächsten Session. Sodann hören wir, daß die in der letzten Session angekündigte, aber nicht mehr erschienene Vorlage eines Gesetzes über das Haushalt-Rechnungswesen (Comptabilitätsgesetz) für den nächsten Winter zu erwarten sei, und mit hoher Wahrscheinlichkeit ist doch auch anzunehmen, daß der Unterrichtsminister die gesetzliche Regelung der Lehrerdotationen mit diesem Landtage noch zu vereinbaren gewillt ist. So eröffnet sich der Ausblick auf eine Arbeit, die alle Kräfte der Volksvertretung nochmals vollauf beschäftigen muß, wenn nicht vor Ablauf der Legislaturperiode nach der einen oder anderen Seite hin ein Stückwerk übrig bleiben soll. Nun wäre freilich dieses Zusammendrängen so vieler Arbeit auf eine einzelne, zumal auf die letzte Session zu vermeiden gewesen, wenn der gegenwärtige Landtag sofort nach den Wahlen von 1888 mit den umfassenden Reformplänen befaßt worden wäre, die jetzt ihres Abschlusses harren. Daß der Beginn dieser Reformen bis zum Spätherbst 1890 sich verzögerte, ist aber die Schuld äußerer Umstände gewesen, die sich dem Einfluß des Landtages entzogen und die auch den gegenwärtigen Vertretern der betheiligten Ressortministerien in keiner Weise zur Last fallen. Andererseits handelt es sich um die Durchführung von großen, grundsätzlich fast allseits anerkannten, ja seit Jahren dringlich geforderten Reformgedanken, denen gewiß auch die Landesvertretung ein außerordentliches Maß von Arbeitsamkeit zu widmen gewillt ist.

— Der Kronprinz von Preußen und die sämmtlichen Söhne des Kaiserpaares werden am Montag das Neue Palais verlassen und sich zu mehrwöchigem Aufenthalt nach Wilhelmshöhe begeben.

— In der gestern unter dem Vorsitz des Staatssecretairs Dr. von Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden, wie bereits gemeldet, als neu eingegangene Vorlagen der Entwurf von Vorschriften über die Prüfung der Nahrungsmittel-Chemiker, sowie der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Erhöhung der Weinsteuer für Rosinenwein den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Ferner wurde, einer Anregung der königlich bayerischen Regierung entsprechend, beschlossen, die Durchfuhr von lebendem Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn unter Vorbehalt der Anwendung der in dem Viehseuchen-Uebereinkommen enthaltenen Controlbestimmungen und unter der Bedingung zu gestatten, daß die Sendungen nur auf Eisenbahnen und ohne unnöthigen Aufenthalt durch das deutsche Gebiet geleitet werden. Ueber die Besetzung mehrerer erledigten Mitgliedstellen bei den Disciplinarkammern wurde Beschluß gefaßt. Dem Entwurf eines Gesetzes über das Auswanderungswesen wurde nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse die Zustimmung ertheilt, ferner eine Abänderung der Vorschriften über die Registrirung und Bezeichnung der Kauffahrteischiffe dahin festgesetzt, daß die Höhe der für die Anbringung des Namens des Schiffes zu verwendenden Buchstaben mindestens 10 cm betragen soll. Nach den Anträgen der zuständigen Ausschüsse wurden ferner einige Ergänzungen der Bestimmungen über die Tara, sowie die Abänderung mehrerer für die Verzollung maßgebenden Tarasätze festgesetzt, die Abfertigungsbefugniß einzelner Zollstellen erweitert, die Errichtung von gemischten Privattransitlagern ohne amtlichen Mitverschluß für Getreide in der Stadt Worms, gestattet, und eine Reihe von Eingaben aus dem Bereich des Zoll- und Steuerwesens erledigt. Zu Gunsten eines gemeinnützigen Bauunternehmens wurde die Ausgabe von auf den Namen lautenden Actien zu einem geringeren Betrage als 1000 ℳ gestattet. Die Befreiung der mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten des Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Credit-Institutes, sowie der ostpreußischen Landschaft von der Versicherungspflicht nach dem Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung wurde genehmigt. Den Entwürfen von Bestimmungen über die Erhebung der Erntestatistik, über die Ermittelung der landwirthschaftlichen Bodenbenutzung und über die Viehzählung wurde die Zustimmung ertheilt. Bezüglich der Allgemeinen Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1887/88 wurde die Entlastung und bezüglich der in der Haushalts-Uebersicht der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen für 1890/91 nachgewiesenen Etatsüberschreitungen die Genehmigung ertheilt.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865.

— Ueber den neuen preußischen Gesandten beim Vatican bemerkt die „Kreuzztg." Folgendes:

„Herr v. Bülow gehört zu denjenigen Personen im diplomatischen Dienst, die sowohl von Seiten der höheren amtlichen Stellen als von Seiten der Krone stets mit besonderem Vertrauen beehrt wurden. Ehe er vor ungefähr acht Jahren auf seinen jetzigen Posten in Bern berufen wurde, war er als vortragender Rath im Auswärtigen Amte öfters zu Abwickelung gewisser intimer Angelegenheiten ausersehen worden. Später als Gesandter noch wurde er wiederholt dem Kaiser Wilhelm I. auf dessen Reisen zugetheilt. Seine jetzige Versetzung nach Rom zur Curie spricht dafür, daß er das in ihn gesetzte Vertrauen bisher immer gerechtfertigt hat. Im August 1880 wurde der Gesandte zum kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rathe ernannt. Ein eigenthümliches Zusammentreffen ist es, daß der langjährige kaiserliche Gesandte bei der Eidgenossenschaft zu einem Zeitpuncte abberufen wird, an welchem auch der schweizerische Gesandte beim deutschen Kaiserhofe, Oberst Roth, seinen Posten in Berlin, den er ebenfalls nahe an ein Jahrzehnt bekleidet hat, zu verlassen gedenkt."

— Der kaiserliche Botschafter am italienischen Hofe Graf zu Solms, welcher sich während des Besuches des Königs und der Königin von Italien hierher begeben hatte, ist nach Rom zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen.

— Nach der „Kreuz-Ztg." ist die Nachricht, daß im Cultusministerium eine neue Volksschulgesetz-Vorlage ausgearbeitet werde, unrichtig.

— Der Landwirthschaftsminister von Heyden ist nach Pommern abgereist.

— Der Münchener „Allgem. Ztg." wird von hier gemeldet: „Der Erlaß des Reichskanzlers vom 7. Juni, welcher die auf Wien bezüglichen Aeußerungen des Fürsten Bismarck bestätigt, dürfte nicht die letzte in dieser Angelegenheit ergangene Weisung sein, da am 9. Juni Prinz Reuß wohl kaum schon im Besitz des Ersuchens des Fürsten gewesen ist, ihn zur Audienz beim Kaiser Franz Josef anzumelden, der Botschafter aber dieses formelle Ersuchen sofort nach Empfang zum Gegenstand einer Anfrage in Berlin gemacht hatte.

— In Sachen der „Judenflinten" finden, wie die „Volksztg." mittheilt, fast täglich Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Dr. Jungk, statt. Am Donnerstag wurden wieder vier Gewehrarbeiter vernommen, von denen einer aus Bromberg, einer aus Berlin und einer aus Pitzensee kam. Das Ergebniß der Untersuchung wird streng geheim gehalten.

— Der preußische Medicinalbeamten-Verein hält der „Nat.-Ztg." zufolge seine diesjährige Hauptversammlung am 5. und 6. September in Berlin im Langenbeck-Hause ab.

— Die „Kreuz-Ztg." veröffentlicht einen Aufruf einer größeren Anzahl Parlamentarier, Professoren, Redacteure, activer Officiere zur Förderung einer Reform der Behandlung der Geisteskranken.

— In überaus stürmischer Versammlung beriethen gestern über 1000 Cigarrenhändler, darunter auch einige kleinere Fabrikanten, über die Sonntagsruhe. Der Referent versicherte, daß der vorige Sonntag eine Mindereinnahme von 50 bis 60 Proc. gebracht habe. Einige socialdemokratische Händler, die vor übereilten Beschlüssen warnten, wurden niedergeschrieen. Es wurde folgende Resolution vorgeschlagen: Die Sonntagsruhe sei nothwendig und zweckmäßig. Es müsse aber den Cigarrenhändlern der Verkauf bis 3 oder 4 Uhr gestattet sein oder auch allen anderen Gewerbetreibenden, den Gast- und Schankwirthen verboten werden. Der erste Theil, daß die Sonntagsruhe nothwendig sei, wurde fast einstimmig abgelehnt, der zweite Theil angenommen. Ferner wurde die Gründung eines Vereins zur dauernden Wahrung der Interessen der Cigarrenhändler beschlossen.

— Einem vor Kurzem erlassenen Befehl zufolge sollen, wie die „Bad. Ang." hören, die Soldaten von jetzt an die Bärte wachsen lassen, und zwar bis zum Manöver ohne Ausnahme, da es während desselben nicht immer durchführbar ist, daß die Mannschaften rasirt zum Dienste erscheinen, wie es bisher Vorschrift war. Nach Beendigung der Herbstübungen müssen Diejenigen, welche einen starken Bartwuchs haben, den Vollbart behalten, während für die übrigen auch wie vor die alte Vorschrift gilt. Die näheren Bestimmungen hierüber zu treffen, liegt den Hauptleuten ob.

— Der bekannte Afrikareisende Fr. Bohndorff, welcher mit kurzen Unterbrechungen 22 Jahre im Innern Afrikas zugebracht hat, befindet sich zur Zeit in Deutschland. Bohndorff hat unter Gordon Pascha gefochten und war später der Begleiter Junker's und Emin Pascha's auf deren langjährigen Entdeckungsreisen. In den letzten Jahren bei Bohndorff im Dienste der Schutztruppe gestanden. — Hauptmann Kund hat sich der „Post" zufolge zur Zeit zur Cur in der Dietenmühle bei Wiesbaden auf. Vorher hat er Professor Kußmaul in Heidelberg consultirt, der eine bedeutende Besserung im Befinden Kund's feststellte und auch der Hoffnung Ausdruck gab, daß sich das Sprachvermögen wieder vollkommen einstellen werde. Professor Kußmaul verordnete dem Patienten Ruhe und tägliche Sprechübungen.

— S. M. Schiffsjungen-Schulschiff „Moltke", Commandant Capitain zur See Freiherr von Eckardt, ist am 7. d. M. in Plymouth eingetroffen.

* **Kiel**, 8. Juli. Die Prinzessin Heinrich von Preußen ist mit dem Prinzen Waldemar und Gefolge heute früh 9 Uhr zu mehrwöchigem Aufenthalte nach Amrum abgereist.

* **Hamburg**, 8. Juli. Eine zur Austragung der früher erwähnten Zwistigkeiten unter den Leitern der hiesigen Socialisten einberufene Versammlung aller drei Hamburger Wahlkreise beschloß die Einsetzung einer neugliederigen Central-Commission, wovon je zwei Mitglieder jeder Wahlkreis, zwei Altona-Ottensen, ein Mitglied Harburg wählt. Die Commission wird speciell verpflichtet, in der Hamburger Buchdruckerei-Verlagsanstalt Auer & Co. die unumschränktesten Rechte der Genossen allseitig zu wahren. (Frkf. Ztg.)

* **Fulda**, 9. Juli. Die Landgräfin von Hessen erhält den Besuch der Kaiserin Friedrich mit der Prinzessin-Braut. Auch der Kaiser wird daselbst im August eintreffen.

* **Posen**, 8. Juli. Das Ansiedelungswerk in Westpreußen und Posen soll in diesem Sommer eine möglichst gesteigerte Förderung erfahren. Mit dem Ankauf geeigneter Liegenschaften soll fortgefahren werden, soweit sich die Gelegenheit darbietet. In den abgelaufenen sechs Monaten dieses Jahres ist der Besitzstand der Ansiedelungs-Commission beträchtlich vermehrt worden. Die größte und wichtigste Erwerbung war die der Herrschaft Bukowiec im westpreußischen Kreise Schwetz mit annähernd 2300 ha und für fast eine Million Mark. Auf den neu erworbenen Gütern sollen umfassende Meliorationsarbeiten ausgeführt werden, denn die Ansiedelungs-Commission verfolgt das Princip, die Ansiedelungsstellen in möglichst gutem Culturstande auszugeben. Zur Besiedelung sind für dieses Jahr sieben Güter gestellt. An Nachfrage durch Ansiedelungslustige ist nach wie vor kein Mangel. Für nächstes Frühjahr, wenn nicht schon früher, erwartet man stärkeren Zuzug von Auswanderern aus Baden. Es würde dies die Folge der Informationsreise der von der badischen Regierung in die Ansiedlerbezirke nach Posen entsandten Commission sein, die sich über die Ansiedlerverhältnisse recht anerkennend ausgesprochen haben soll. Der von der Staatsregierung bewilligte Jahresetat der Ansiedelungs-Commission belief sich bislang auf acht Millionen Mark. Es liegt nun in der Absicht der leitenden Verwaltung, eine Erhöhung des Etats auf etwa zehn Millionen zu beantragen. Dieser Umstand spricht ebenfalls für die Absicht, das Ansiedelungswerk in gesteigertem Maße fortzusetzen.

* **Aus Schleswig-Holstein**, 7. Juli. Die Wirksamkeit der Socialdemokratie beginnt sich auf immer weitere Kreise der Provinz zu erstrecken. Daß ihre Propaganda sich besonders in der Nähe größerer Städte fühlbar macht, wo die Agitation am leichtesten aufs platte Land hinausgetragen werden kann und ohnehin vielfache Berührung mit dem Proletariat der Städte stattfindet, versteht sich von selbst. Das Herzogthum Schleswig ist bisher von der Socialdemokratie am wenigsten berührt worden; am schlimmsten steht es in den Kreisen Kiel, Steinburg, Stormarn und Pinneberg. In dem letzteren Kreise ist zur Abwehr ein „Bauernverein" gegründet worden, der sich zur Aufgabe macht, der Socialdemokratie entgegenzuwirken. Auch von anderen Seiten ist es als ein Bedürfniß empfunden worden, sich gegenüber den Bestrebungen der Socialdemokratie und den unter den ländlichen Arbeitern sonst herrschenden Uebelständen fester zusammen zu schließen. Ein von dem schleswig-holsteinischen landwirthschaftlichen Generalverein ins Leben gerufener „Verein für Arbeits-Nachweis ländlicher Arbeiter" nahm bisher eine mehr neutrale Stellung ein. Er verfolgte einerseits den praktischen Zweck, den Mitgliedern Arbeiter und Dienstboten zu besorgen; andererseits aber schwebten ihm ideale Ziele vor: er wollte das Verhältniß der Arbeiter zu den Arbeitgebern günstiger gestalten, über die Gründe der vorhandenen Uebelstände Ermittelungen anstellen und Maßregeln zur Beseitigung derselben ergreifen. Neuerdings ist das Statut dahin verändert worden, daß der Verein sich als „Verein der landwirthschaftlichen Arbeitgeber Schleswig-Holsteins" bezeichnet und die energische Bekämpfung der socialdemokratischen Landagitation unter seine Aufgaben aufgenommen hat. Der Verein zählt heute 651 Mitglieder in der Provinz.

* **Magdeburg**, 8. Juli. Der Redacteur der „Volksstimme", Loeske, ist wegen Beleidigung des Polizeipräsidiums und des Militaircommandos zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die Beschlagnahme der Nr. 142 desselben Blattes wegen eines Artikels „Der Befreite Lück", in dem eine Majestätsbeleidigung enthalten sein sollte, wurde aufgehoben.

z **Bernburg**, 8. Juli. Die Nationalliberalen im 2. Anhaltischen Reichstagswahlkreis veranstalten Ende August in Ballenstedt am Harz ein Parteifest, zu dem auch die Gesinnungsgenossen aus den benachbarten Wahlkreisen eingeladen werden. Die besondere Veranlassung zu diesem Feste ist dadurch gegeben, daß der Wahlkreis seit 25 Jahren ununterbrochen im Besitz der nationalliberalen Partei geblieben — ein Vorzug der Bevorrechteten, dessen sich nur noch Schwerin-Wismar und Waldeck rühmen können, die ebenfalls seit dem constituirenden Norddeutschen Reichstag stets nationalliberal gewählt haben. Die Conservativen haben 8 Wahlkreise im Osten, die Freisinnigen nur ihre sichersten 3 Berliner Wahlkreise und die Dänen Hadersleben ununterbrochen seit 1867 im Besitz gehabt. Das sind 15 unter den 297 Kreisen, die seit 1867 zu wählen in der Lage waren!

* **Mainz**, 7. Juli. In den Tagen vom 28. August bis 1. September wird hier die diesjährige 39 Generalversammlung der Katholiken Deutschlands stattfinden; es wird das vierte Mal sein, daß in Mainz diese Versammlung abgehalten wird. Das Local-Comité erläßt einen Aufruf zur Betheiligung, in dem es heißt: „Der Kampf, auf dessen Verlauf wir trotz all der schweren Wunden, die er geschlagen hat, mit Dank gegen Gott zurückschauen, er ist noch keineswegs zu Ende. Schon drohen uns neue Kämpfe, schwerer und ernster als alle, die wir bis jetzt bestanden haben. Der feste und treue Zusammenhang aller Katholiken, ja Aller, die noch christlich denken und empfinden, ist deshalb nöthiger wie je."

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 9. Juli. Für die nächste am Montag, den 11. ds., stattfindende Sitzung wurde der Bericht über die Valutavorlage auf die Tagesordnung gesetzt. — Am Gymnasium in Gitschin entstanden unter den Maturanten Tumulte wegen angeblich zu strenger Prüfungen. Der Prüfungs-Commissar Gymnasialdirector Kastner wurde in seinem Absteigequartier förmlich belagert und mußte schließlich von Gitschin flüchten. — In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Antisemit Lueger einen vollständigen Gesetzentwurf hinsichtlich des Arbeiterschutzes ein. Lueger verlangt die Beseitigung des Großunternehmerthums durch Subcomités, einen Minimallohn von 1,20 fl.; ferner Herstellung aller Maschinen und Arbeiten im Lande.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Juli. Der Proceß Wilson wegen angeblicher Wahlbestechung nimmt heute seinen Anfang. Es sind zahlreiche Zeugen geladen worden. — Die französischen Industriellen verlangen von ihrer Regierung eine bedeutende Erhöhung des Staatszuschusses für die Beschickung der Chicagoer Weltausstellung. — Am kommenden Montag wird die Regierung über die Vorgänge in Dahomey interpellirt werden. — Bezüglich der Hinrichtung Ravachol's sind noch keine Bestimmungen getroffen und wird hier angenommen, daß der erste Gehilfe des Scharfrichters Deibler die Execution vornehmen wird. — Eine von Drumont und dem Marquis Morès einberufene antisemitische Volksversammlung im Wintercircus führte arge Unruhen herbei. Die Socialisten unter Führung der Gemeinderäthe Guesde und Vaillant sprengten die Versammlung. Drumont wurde durch einen Stockschlag ins Gesicht verwundet.

Belgien.

* **Brüssel**, 8. Juli. Der Ministerpräsident Beernaert hatte eine mehrstündige Berathung mit dem liberalen Parteiführer Frère-Orban. Regierungsblättern zufolge wäre eine Vereinbarung, betreffend die Wahlreform unter Ausschluß des allgemeinen Stimmrechts, erzielt worden. (M. Z.)

Schweiz.

* **Basel**, 8. Juli. Morgen beginnt die Feier des fünfhundertjährigen Jubiläums der Vereinigung von Groß- und Klein-Basel. Die Stadt ist festlich geschmückt; zu der Feier sind bereits die Bundesräthe Frey und Zemp sowie die Bureaux des Nationalraths und des Ständeraths hier eingetroffen.

Italien.

* **Rom**, 9. Juli. Die Aufregung über das Dynamitattentat im Speisesaal des Hotels Croce Bianca in Pavia ist eine außerordentlich große. Es finden noch immer Verhaftungen Verdächtiger statt. — Der Cardinal Baddahley ist heute Abend in Bologna gestorben.

Großbritannien.

* **London**, 6. Juli. Sir Charles Dilke hat seinen Wahlaufruf an die Wähler des Forest of Dean-Wahlkreises erlassen, was die „Pall Mall Gazette" veranlaßt, in langer Auseinandersetzung den Beweis zu erbringen, daß er sich noch immer nicht von dem auf seiner Ehre ruhenden Flecken gereinigt hat. Er sei deshalb nicht zu einem Volksvertreter geeignet.

Rußland.

* **Petersburg**, 8. Juli. Das Ministercomité beschloß, während der Meßzeit in Nischnei-Nowgorod ein fliegendes Lazareth von 600 Betten einzurichten, das ärztliche Personal zu verdreifachen und die hierzu erforderlichen Mittel durch eine Steuer von den Meßbuden-Pächtern zu erheben. Sämmtliche in Moskau einmündenden Eisenbahnlinien werden vom Oberst Wendrich inspicirt und radikale Maßregeln zur Verhütung der Verbreitung der Seuche angeordnet. — Nach hier eingelaufenen Privatmeldungen sollen bei dem Aufruhr in Astrachan zwei Aerzte erschlagen worden sein. Desgleichen wird berichtet, daß bereits in Nischnei-Nowgorod und Moskau einige Cholerafälle vorgekommen sein sollen. Ein Militairarzt berichtet von verdächtigen Fällen im Militairlager von Krasnoje-Selo. — Die „Wjedomosti" melden erhebliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Ministeriums. Der Verkehrsminister Witte wird zum Präsidenten des Staatsraths, Geheimrath Plehwe zum Minister des Innern und Abasa zum Finanzminister ernannt werden. Durnowo und Wyschnegradski treten in den Ruhestand. Nach einer Meldung der „Polit. Corresp." wird dagegen als muthmaßlicher Nachfolger des wahrscheinlich zurücktretenden Ministers des Innern, Durnowo, in erster Linie der General von Kiew, Graf Ignatieff, genannt. — Demselben Correspondenten zufolge soll für die oberste Leitung der Ueberwachungsmaßregeln zum Schutze gegen die Cholera ein außerordentlicher Commissar mit unbeschränkter Vollmacht ernannt werden.

* **Moskau**, 9. Juli. Hier sind in letzter Zeit starke Magen- und Darmerkrankungen sowie Dysenterie aufgetreten, woran im Laufe voriger Woche 420 Personen gestorben sind. Am 6. Juli traten drei Fälle von Cholera nostras auf, welche indeß einen günstigen Ausgang nahmen. Nach Meldungen aus Saratoff vom 5. Juli erkrankten dort abermals 29 Personen, wovon neun an der Cholera starben.

Orient.

* **Belgrad**, 8. Juli. Die Polizei verbot den Vertrieb aller von der Exkönigin Natalie verfaßten Bücher und confiscirte die ersten Exemplare eines Buches, in welchem die Königin, die sich zwischen ihr und ihrem Sohne aufthürmenden Hindernisse schildert. — Heute Nacht erfolgt die Abreise des Königs über Simbach und Stuttgart nach Ems, wo er sechs Wochen verweilen wird. Seine Begleitung besteht aus dem Bautenminister Welimirowitsch, dem Gouverneur Oberst Mischkowitsch, sowie zwei Adjutanten. Der Besuch bei der Königin Natalie wurde definitiv fallen gelassen und derselben anheimgestellt, event. nach Ems zu kommen.

* **Konstantinopel**, 8. Juli. Die in St. Jean d'Acre ausgebrochene Cholera hat jetzt bereits die umliegenden Ortschaften ergriffen und nähert sich Beirut. In ganz Syrien sind schleunigst Lazarethe für die Cholerakranken hergerichtet. Aerzte sind in genügender Anzahl vorhanden, doch ist auf den Dörfern ein Mangel an Desinfectionsmitteln.

* **Sofia**, 9. Juli. (Telegramm.) Proceß Beltschew. Bei der Fortsetzung des Zeugenverhörs gab Iwanow, ein ehemaliger Diener Karaguloff's, an, daß Kazaroff der muthmaßliche Mörder Beltschew's sei. Derselbe habe sich 15 Tage in der Fabrik Kara-

SLUB
Wir führen Wissen.